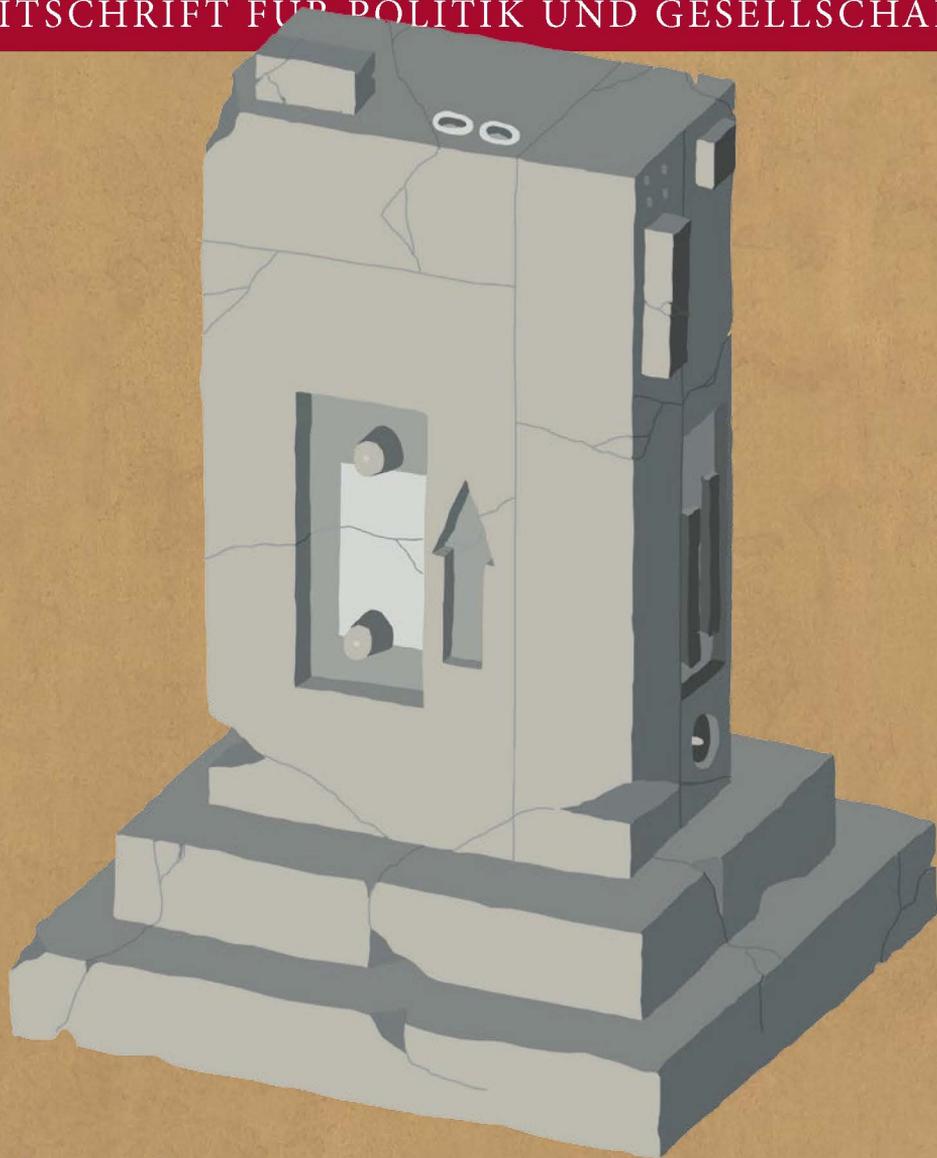


INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



1979

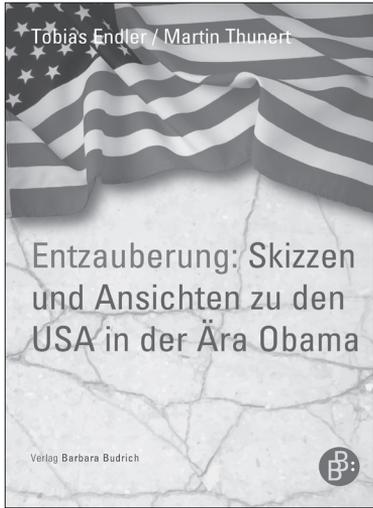
Interview mit Anselm Doering-Manteuffel Zäsuren und Zeitbögen Franz Walter

Das janusköpfige Jahr 1979 Dagmar Herzog Kritische Sexualwissenschaft

in der Bundesrepublik Habbo Knoch Die Fernsehserie »Holocaust«

Tom Pürschel/Jana Rüger Kuriositätenkabinett Mittelbau

Politik aktuell



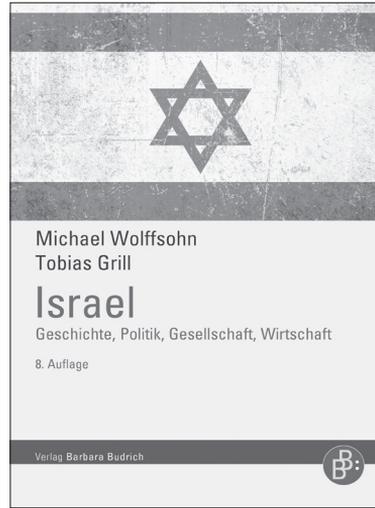
Tobias Endler
Martin Thunert
**Entzauberung: Skizzen
und Ansichten zu den
USA in der Ära Obama**

2016. 235 S. Kt.
29,90 € (D), 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-0673-0
eISBN 978-3-8474-0822-2

Tobias Endler und Martin Thunert nehmen die aktuellen Entwicklungen in den USA unter die Lupe.



Bestellungen unter: shop.budrich-academic.de • info@budrich.de



Michael Wolffsohn
Tobias Grill
Israel
Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft
8. Auflage

8. Auflage 2016. 344 S. Kt.
29,90 € (D), 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-0044-8
eISBN 978-3-86649-515-9

**„Das beste Nachschlagewerk
in deutscher Sprache“**
Prof. Dr. Michael Brenner,
Uni München und Direktor
des Center for Israel Studies
an der American University,
Washington, DC

EDITORIAL

≡ Michael Lühmann/Matthias Micus

»Janusköpfig« sei es, ein »an die Wand genageltes Datum« – mit diesen und anderen Termini kennzeichnen unsere Autoren jenes Jahr 1979, dem sich die vorliegende Ausgabe der *INDES* widmet. 1979 wird in den Beiträgen charakterisiert als eine Zäsur, in der die Bruchzonen der Moderne in globaler Perspektive offen durchscheinen und sich die Umbrüche in die Gegenwart so deutlich zeigen wie kaum einmal sonst in der Nachkriegsgeschichte.

Das ist durchaus nicht selbstverständlich, ja, im Gegenteil mutet es sogar verblüffend an. Sorgt doch die Angabe von Zäsuren und mithin die Vorstellung, historische Prozesse würden sich durch exakte Datierungen begrenzen lassen, durch die Angabe präziser Zeitpunkte, zu denen das eine plötzlich neu und sogleich voll entfaltet entsteht und etwas anderes komplett und folgenlos verschwindet, unter seriösen Historikern zumeist nur für Kopfschütteln. Die Geschichtswissenschaft denkt in langen Linien, sie weiß um die Zählebigkeit etwa von Einstellungen und Mentalitäten sowie um die weit ausgreifenden Vorgeschichten und Folgewirkungen konkreter gesellschaftlicher, kultureller, ökonomischer und politischer Phänomene, deren tatsächliche Anfänge und Abschlüsse zumeist allenfalls näherungsweise bestimmbar im Nebulösen verbleiben.

Mehr noch: Auch breitere Epocheneinteilungen, die auf allzu enggefasste Datumsangaben verzichten, differieren je nach der Perspektive des Betrachters. Konjunkturzyklen richten sich nicht nach der Bestandsdauer einer politischen Ära, die wiederum keineswegs synchron mit kulturellen Umbrüchen verläuft. Vollends diffus wird das Bild, wenn mit Reinhart Koselleck jede Gegenwart als eine Mauer aus verschiedenen, übereinander lagernden Zeitschichten aufgebaut vorgestellt wird. Daraus folgt dann, dass – salopp gesagt – verschiedene Bevölkerungsgruppen in ein und demselben Moment in unterschiedlichen Zeiten leben können, die einen in ihren Existenzweisen moderner, die anderen traditioneller.

Insofern keinesfalls überraschend stellte die Frage, ob und wenn ja in welcher Art und Weise das Jahr 1979 als Zäsur betrachtet werden könne, für eine ganze Reihe unserer Autoren eine Herausforderung dar. Auch 1979 ist ein Jahr, welches einerseits durchaus konturiert ist durch weltumspannende Umbrüche und aufsehenerregende Ereignisse; das dabei dennoch in einem teils paradoxen Wechselspiel zwischen kontinuierlichem Wandel und radikalem

Bruch changiert. Zäsuren, das zeigt sich auch in den Texten dieser Ausgabe von *INDES*, sind für die Strukturierung des Geschichtsprozesses hilfreich, vielleicht gar unentbehrlich, insofern sich mit ihnen Schneisen in die unübersehbare Fülle historischen Faktenmaterials schlagen, Einzelereignisse verbinden und bündeln, ordnende Zusammenhänge herstellen und Komplexitäten reduzieren lassen – Zäsuren mithin sind nützlich, sie sind andererseits aber nichtsdestotrotz auch problematisch. Für beides lässt sich Martin Sabrow als Gewährsmann aufführen, der historische Zäsuren als ebenso herausragende wie verschwommene Größe der Verständigung über die Vergangenheit bezeichnet, deren historiografische Beliebtheit in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer begrifflichen Klarheit stehe.

Gleich drei Autoren – Franz Walter, Frank Bösch und Anselm Doering-Manteuffel – widmen sich in ihren Texten der Vermessung des Jahres in nationaler, globaler und historischer Perspektive. In kaum einem anderen Jahr werde die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen so offensichtlich wie in diesem, so Franz Walter. Währenddessen geht Frank Bösch der Frage nach, ob und inwiefern die Umbrüche von 1979 die prägenden Themen der Gegenwart etabliert haben. Das Konzept der Zeitbögen von Anselm Doering-Manteuffel, der um das Jahr 1979 herum den Beginn eines neuen, heute noch andauernden, wenngleich aktuell womöglich vor seinem Ende stehenden Zeitabschnitts diagnostiziert, weist in eine ähnliche Richtung.

Dabei, und dies macht 1979 besonders reizvoll, sind die in diesem Jahr stattfindenden Umbrüche in die Gegenwart ein nachgerade weltgeschichtliches Phänomen. Die iranische Revolution, deren Hintergründen sich Katja Föllmer intensiv widmet, und die These der Modernität des Islamismus, die Severin Caspari diskutiert, verdienen Aufmerksamkeit nicht zuletzt ob ihrer Relevanz für ein verändertes, in der heutigen öffentlichen Wahrnehmung dominantes Erscheinungsbild »des« Islam. Sie lassen sich ebenso von 1979 aus deklinieren wie die Umbrüche in der östlichen und westlichen Hemisphäre, in der DDR, der Bundesrepublik und in Westeuropa, beispielsweise der europaweite Aufstieg der Grünen, dessen Anfänge Claus Leggewie im beschaulichen Stadtstaat Bremen verortet. Jürgen-Peter Schmied anhand Sebastian Haffners »Preußen ohne Legende« und Habbo Knoch anhand der 1979 ausgestrahlten Fernsehserie »Holocaust« widmen sich dem Wandel bundesrepublikanischer Geschichtsbilder, derweil Franz Walter Karl Carstens als einen aus der Zeit gefallenen Mann portraitiert – der gerade deshalb den Anforderungen seiner Zeit gerecht zu werden vermocht habe.

Auch mit der vorliegenden *INDES* wird das Jahr 1979 nicht abschließend beurteilt werden können. Vielmehr sollen die vorliegenden Deutungen und

Analysen die diesbezügliche Debatte vor allem weiterführen, durchaus fokussiert auf Fragen, denen sich ohne überragende prophetische Gabe vorhersehbar auch künftige Forschungen noch widmen werden. Jener Fragestellung etwa, wo die skizzierten Umbrüche des Jahres 1979 in die Gegenwart weiterwirken – und wo sie, zumindest in Teilen, ausgehend zum Beispiel von der Krise des Finanzmarktes 2008, neuer weltweiter Unordnung gewichen und in der post-internationalen Wiederkehr nationalstaatlicher Denk- und Präferenzmuster zu einem Abschluss gekommen sind.

Nicht minder abgeschlossen, ja abschließbar ist ferner die Debatte über die universitären Perspektiven des akademischen Mittelbaus und die Interventionsmöglichkeiten der Entscheidungsträger in Politik und Universitätspräsidien. Und mit Eckhard Jesse setzen wir unseren Diskussionsstrang zu Zustand und Perspektiven der geisteswissenschaftlichen Fächer fort, in diesem Fall mit Blick auf die Politikwissenschaft.

INHALT

- 1 **Editorial**
≡ Michael Lühmann/Matthias Micus
- 1979**
- >> **INTERVIEW** 7 **»Ein an die Wand genageltes Symboldatum«**
Ein Gespräch über Zäsuren, Zeitbögen, die Krise des Fortschritts und den Neoliberalismus
≡ Anselm Doering-Manteuffel
- >> **ANALYSE** 21 **Von der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen**
Das janusköpfige Jahr 1979
≡ Franz Walter
- 35 **Bruchzonen der Moderne**
Globale Umbrüche um 1979
≡ Frank Bösch
- 45 **Zwischen Marx und Freud und Masters und Johnson**
Kritische Sexualwissenschaft in der Bundesrepublik um 1979
≡ Dagmar Herzog
- 55 **Von Bremen in die Welt**
Wie das Grüne in die (deutsche) Politik kam
≡ Claus Leggewie
- 62 **Die Serie »Holocaust«**
Geschichtsvermittlung als Fernsehunterhaltung
≡ Habbo Knoch
- 74 **Die Party ist vorüber**
Die DDR im Jahr 1979
≡ Michael Lühmann

- 80 **Die Iranische Revolution**
Vom Volksaufstand gegen den Schah zur Islamischen Republik
≡ Katja Föllmer
- 89 **Wiederkehr der Religion**
Der Islamismus als Phänomen der Moderne
≡ Severin Caspari
- >> **INSPEKTION** 96 **»Hopeless, topless, headless?«**
Zum Auftritt des Pariser Balletts Olivier Briac auf dem
27. Bundesparteitag der CDU in Kiel 1979
≡ Hanna Feesche und Robert Mueller-Stahl
- >> **PORTRAIT** 106 **Die Opposition übernimmt
die Villa Hammerschmidt**
Bundespräsident Karl Carstens als Speerspitze der Gegenreform?
≡ Franz Walter
- >> **WIEDERGELESEN** 117 **Preußen als Vorbild?**
Sebastian Haffners Bestseller »Preußen ohne Legende«
≡ Jürgen Peter Schmied
- PERSPEKTIVEN**
- >> **INTERVIEW** 126 **»Entscheidend ist, was jemand schreibt,
nicht wo er schreibt«**
Ein Gespräch über Stand und Perspektiven der Politikwissenschaft
≡ Eckhard Jesse
- >> **DEBATTE** 143 **Akademischer Mittelbau als Beruf**
Bericht aus dem Kuriositätenkabinett
≡ Tom Pürschel und Jana Rüger

Franz Walter, 1979

SCHWERPUNKT:
1979



»EIN AN DIE WAND GENAGELTES SYMBOLDATUM«

EIN GESPRÄCH ÜBER ZÄSUREN, ZEITBÖGEN,
DIE KRISE DES FORTSCHRITTS UND DEN
NEOLIBERALISMUS

≡ Anselm Doering-Manteuffel

Bezogen auf das Jahr 1979 wird gelegentlich von einer »Zeitenwende« gesprochen, die damaligen Ereignisse sollen »Umbrüche in die Gegenwart« markieren. Wie ist der Blick des Zeithistorikers auf ein einzelnes, aus dem Geschichtsverlauf herausgelöstes Jahr? Wie sinnvoll erscheint dieser – zunächst – isolierte Blick auf eine Gesellschaft?

Das Jahr 1979 eignet sich sehr gut, um die vielfältigen Veränderungen, die sich von der Mitte der 1970er bis in die 1980er Jahre ereignet haben, konzentriert auf den Punkt zu bringen. Unter rein kalendarischen Gesichtspunkten ist das Jahr 1979 zwar nicht sonderlich interessant; aber als ein, wenn man so will, an die Wand genageltes Symboldatum, als Chiffre für einen grundlegenden Wandel halte ich das Jahr 1979 für sehr reizvoll. Denken Sie nur an den Einmarsch der UdSSR in Afghanistan, die islamische Revolution Khomeinis, den NATO-Doppelbeschluss und, etwas später zwar, nichtsdestotrotz in denselben Gesamtzusammenhang gehörend, 1981 die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat als Hoffnungsträger einer ägyptisch-israelischen Aussöhnung. Das Jahr 1979 beendete die nur relativ kurz währende liberale Ära der internationalen Beziehungen, die 1964/65 einsetzte und bis 1979/80 reichte. Begleitet wurde dieser Epochenbruch von weiteren ökonomischen und politischen Zäsuren, etwa der zweiten Ölpreisanhebung, verstanden als zweiter Ölpreisschock, und den Regierungsübernahmen von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA, erstere 1979, letztere 1980. Sie waren und sind bis heute die politischen Protagonisten des sogenannten *Neo-Conservatism*, der in Europa später als Neoliberalismus bezeichnet und Karriere

machen wird. Nicht zuletzt bedeutet 1979 aber auch gesellschaftlich und innenpolitisch das Ende der liberalen Ära. 1977 erlebte die Bundesrepublik mit dem Deutschen Herbst die höchste Eskalationsstufe des RAF-Terrorismus, zugleich herrschte damals – noch – ein bisweilen blinder Glaube an den Fortschritt. Die Veränderungen um 1979 beenden die bis dahin gültige gesellschaftliche, politische sowie wirtschaftliche Fixierung auf das Mantra der Modernisierung. Ab 1980 wird von Fortschritt dann so gut wie überhaupt nicht mehr gesprochen. Parallel stieg bereits seit 1975 die Arbeitslosigkeit, gepaart mit zunehmender Inflation infolge der Ölpreiserhöhung und stagnierender Wirtschaftsleistung kommt es zur sogenannten Stagflation, also einer der keynesianischen Lehre entgegenstehenden Simultaneität von Inflation und Stagnation. Das gilt übrigens für die gesamte westliche Hemisphäre; die späten 1970er Jahre sind insofern ökonomisch geprägt von einer internationalen Stagflationskrise.

Was überwiegt denn im Rückblick: die deutschlandweiten oder die internationalen Veränderungsimpulse?

Im Umfeld dieses Datums bzw. Jahres 1979 zeigen sich weitestgehend internationale Krisenphänomene und Reaktionen auf den Wandlungsdruck in den Gesellschaften, mit Rückwirkungen auf innergesellschaftliche Befindlichkeiten. Lassen Sie mich den Zeitraum nochmals über das Jahr 1979 hinaus weiten: 1982/83 vollzieht sich, als gewissermaßen stereophone Ergänzung zu Thatcher und Reagan, der Übergang von der sozial-liberalen Regierung Helmut Schmidts zur konservativ-liberalen Regierung Helmut Kohls. Während die Regierung Schmidt noch im sozialliberalen Selbstverständnis des sogenannten sozialen Konsenses aufgehoben gewesen war, warf die Regierung Kohl diesen Konsens zwar nicht sofort und gänzlich über Bord; sie ließ aber einem dem Zeittrend entsprechenden Neoliberalismus bald ziemlich freie Bahn. Parallel hierzu setzte, korrespondierend mit der Krise des Fortschrittsdenkens, in den Medien eine unübersehbare und massive Klage ein über das Waldsterben. Die Debatte um den sauren Regen und das Waldsterben, genauer: die Forderung eines wirksamen Gegensteuerns, erlangte eine außerordentliche öffentliche Aufwertung – sie war kulturell von erheblicher Bedeutung. Und dann explodierte 1986 in der Ukraine der Tschernobyl-Reaktor! Kurzum: Fortschrittsdenken und Modernisierungspathos sind erst einmal suspendiert. Ulrich Beck wird später schreiben, die Moderne sei reflexiv geworden. Ich füge hinzu, um 1979 wird nicht zuletzt die Liberalisierung reflexiv – sowohl auf der Ebene der internationalen Beziehungen als auch innergesellschaftlich, wirtschaftlich,

milieukulturell. In der Bundesrepublik wenden sich die neuen sozialen Bewegungen nun verstärkt gegen die Überbeanspruchung von Ressourcen, Stichwort: Umwelt. Bis dahin sind sie auf Emanzipation und Liberalisierung aus gewesen, im Bereich von Verhaltensformen und Sexualität sowie im Generationenverhältnis. Seit 1979 stehen die Zeichen auf Restriktion, vor allem in den ökologischen Bereichen. Wir sollten auch nicht unterschätzen, dass Aids im Jahr 1980 ins Bewusstsein tritt. Von da an ist auf der Ebene des Sexualverhaltens außerhalb der Ehe, also in sonstigen partnerschaftlichen Verhältnissen, die Zeit der völlig selbstverständlichen emanzipativen Offenheit vorbei.

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten: Welche Bedeutung besitzt das Jahr 1979 im Vergleich zu anderen, ähnlichen Zäsuren? Was ist mit 1945, 1968, 1989?

Es hat einige Berechtigung, die Zeit nach 1945 mit Blick auf die west- ebenso wie auch die ostdeutsche Gesellschaft anhand einiger zentraler Wendejahre zu durchmessen. So bilden in beiden deutschen Staaten die Jahre 1957/58 einen tiefen Einschnitt: Mit der Durchsetzung der Jugendweihe wird in der DDR der protestantisch-bürgerliche Konfessionalismus marginalisiert und die sozialistische Gesellschaftsordnung endgültig installiert, während mit der absoluten Mehrheit Konrad Adenauers die Politik der Westintegration endgültig zur bundesrepublikanischen Staatsräson wird.

Als zweite Zäsur kann man 1979 nennen. Mit diesem Datum ist eine Epoche samt ihrer Selbstverständnisse und Selbstverständlichkeiten, insbesondere einem kontinuierlichen Aufschwung, niedriger Arbeitslosigkeit, steigenden Einkommen, gesellschaftlichen Liberalisierungen und politischer Entspannung, zu Ende gegangen. Etwas breiter gefasst, gilt für die Phase 1975–80 ganz grundlegend, so haben wir in unserem Forschungsprojekt »Nach dem Boom« herausgearbeitet, dass es sich um eine zentrale Umbruchphase im späten 20. Jahrhundert handelt: weg vom traditionellen, auf der Expansion des produzierenden Sektors basierenden System des Wirtschaftsaufschwungs, den Jahrzehnten des Wirtschaftswunders, hin zur Dominanz der Finanzindustrie und zum Durchbruch des Finanzmarktkapitalismus, der durch politische Interventionen kaum zu regulieren ist und sich mehr oder weniger autonom entwickelt. Ein drittes und letztes symbolisches Jahr ist 1995. Die Auflösung des Ost-West-Gegensatzes ist so weit fortgeschritten, dass die Ostblockländer jetzt der Finanzindustrie nicht nur ausgeliefert sind, sondern sich ihr auch selbsttätig anverwandeln, teils radikal. Der ebenfalls 1995 erfolgende Durchbruch der Digitalisierung – Stichwort: Internet – markiert so gesehen das Jahr des Durchbruchs der Globalisierung.

Das sind die drei Nachkriegszäsuren: 1957/58, 1979 und 1995. Es stellt sich vielleicht die Frage, wo 1968 bleibt. Aber ich halte den ganzen Hype um 1968 für völlig übertrieben. 1968 steht in einem funktionalen Verhältnis zur internationalen gesellschaftlichen Liberalisierung. Wenn schon, dann ist 1964 das treffendere Jahr. In diesem Jahr nimmt ein wichtiger Teil jener Prozesse an Fahrt auf, die in den Jahren 1975–80 ihren Abschluss finden.

Diese Zäsuren – 1957/58, 1979 und 1995: Stehen die nicht aber schief zu Ihren Zeitbögen, mit denen Sie jüngst den Geschichtsverlauf unterteilt haben?

Das stimmt.

In welchem Verhältnis stehen dann die Zeitbögen zu den genannten Zäsuren? Intuitiv würde man doch denken, eine Zäsur beginne oder beende einen Zeitbogen ...

Nein. Das Konzept der Zeitbögen bezieht sich ja nicht auf die Nachkriegsgeschichte, sondern auf das gesamte 20. Jahrhundert: von seinen Anfängen im späten 19. Jahrhundert bis zu seinem Ende in den Finanzmarktkrisen um das Jahr 2008 herum. Es geht mir darum, das Jahrhundert in seinen konstruktiven wie destruktiven Prozessen angemessen zu beschreiben, ohne immer nur auf die Zäsuren der im engen Sinne politischen Geschichte zu schauen, also 1914, 1918/19, 1933, 1945 usw. Diese Daten der Politikgeschichte schlagen nicht nur biografische Einheiten auseinander, sie schlagen auch und vor allem strukturelle Prozesse und kulturelle Dynamiken auseinander. So erklären sich die Zeitbögen, deren Ankerpunkte, wenn man sich das 20. Jahrhundert als Bogenbrücke vorstellt, nicht ausschließlich, aber nicht zuletzt auch wirtschaftlich begründet werden. Darüber hinaus argumentiere ich entlang der Transformationsgeschichte von Liberalismus, liberalem Denken und liberaler Politikorganisation.

Der erste Zeitbogen beginnt demnach im ausgehenden 19. Jahrhundert, 1880–90, und endet, meiner Vorstellung nach, um 1930 mit der Weltwirtschaftskrise. Mitteleuropa ist hochindustrialisiert, zugleich überspannt der erste Zeitbogen eine Phase in Westeuropa, in der insbesondere in England die Krise des traditionellen Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert durchschlägt und die alte Bürgerlichkeit letztlich verschwindet. Der zweite Zeitbogen setzt dann, wie gesagt, um 1930 ein und endet nach meiner Vorstellung 1975. Das ist insofern provokant, als ich den Nationalsozialismus und das Dritte Reich und den Holocaust in einen Zusammenhang mit dem Wiederaufbau und dem sozialen Konsens der Bundesrepublik stelle. Das begründet sich darin, dass 1930 in den beiden Zentralstaaten der Weltwirtschaftskrise – den

Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich, beide besonders stark betroffen von Massenarbeitslosigkeit – sehr ähnliche Reaktionsmuster aufgerufen wurden, um die Krise in den Griff zu bekommen. Das ist in den USA der *New Deal* und auf der deutschen Seite die Mobilisierung der Volksgemeinschaft, auch als Produktionsgemeinschaft. Dabei ist die nationalsozialistische Variante eine radikal anti-individualistische, wohingegen die amerikanische in der Tendenz programmatisch sozial-liberal oder konsensual ist. Im Zweiten Weltkrieg kämpfen diese beiden Staaten und Systeme dann gegeneinander, es gewinnt das amerikanische Modell. Über den Marshallplan als ökonomisches Wiederaufbauprogramm mit klaren Vorgaben, zuvörderst der Verbindung von parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft, breitet es sich später konzeptionell über Europa aus, wozu auch die vielen deutschen Remigranten beitragen. Auf diese Weise strömen die konzeptionellen Vorstellungen des *New Deal*-Liberalismus in der Form des sozialen Konsenses in die Wiederaufbauzeit ein. Das umreißt in etwa den zweiten Zeitbogen von 1930 bis 1975. Der dritte Bogen setzt schließlich mit der Krise des traditionellen Industriesystems und des sozialen Konsenses sowie der schwindenden Dominanz der keynesianischen Wirtschaftsordnung um 1975–80 ein und spannt sich dann bis zur Finanzmarktkrise. Prägend ist hier der Primat der radikalen Subjektivierung bei gleichzeitiger Ablösung des montanindustriellen Industriesystems durch die Finanzindustrie.

Was wirtschaftspolitisch aufgehen mag, muss etwa kulturgeschichtlich nicht passen – abhängig vom Blickwinkel variieren Epochenzuschnitte, zudem fransen sie an den Rändern aus, bilden sich Überlappungen am Anfang und Ende. Dennoch gehen auch Ihre Zeitbögen von fundamental unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Ordnungsvorstellungen aus ...

Lassen Sie mich vorweg eine Bemerkung machen. Wenn ich zum Beispiel primär oder ausschließlich kulturhistorisch argumentieren würde, dann wäre die Zeit zwischen 1966 und 1968 eine klare Zäsur. Ich argumentiere aber eher von einer politökonomischen oder demokratietheoretischen Seite her. Überhaupt muss man sich meiner Ansicht nach davon lösen, dass eine Zäsur oder ein Zeitbogen etwas zu hundert Prozent beendet oder vollständig neu beginnen lässt. Erst wenn man fluktuierende Übergänge mit hineindenkt, kann aus Zeiteinteilungen ein tragfähiges Argument werden, erst dann kann man auch für das Jahr 1979 von einer Zäsur sprechen. Dies ist auch der Grund für meinen Widerstand gegen die politischen Zäsuren, weil die häufig so betrachtet werden, als gehe hier etwas abrupt zu Ende. Am 31. Dezember hört etwas auf, am 1. Januar beginnt etwas Neues: Das gibt es in der

Geschichte niemals. Wir haben etwa in unseren Forschungsprojekten hier in Tübingen schon weit vor der Idee der Zeitbögen einen Gesamtzusammenhang unterstellt, der von den 1920er Jahren bis in die 1970er Jahre reicht. Dieser Zusammenhang geht von einer für das 20. Jahrhundert wesentlichen Altersgruppe aus: den zwischen 1900 und 1910 Geborenen, die in den 1920er Jahren in das öffentliche Leben eintreten und in den 1970er Jahren von der gesellschaftlichen Bühne abgehen. In Deutschland umfassen diese Jahrgänge die Generation des Unbedingten, die radikalen SS-Protagonisten – aber nicht nur. Ihre Angehörigen teilen alle die Erfahrungen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, die Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit, ganz egal, ob sie Amerikaner, Briten, Deutsche, Franzosen oder anderer Nationalität sind. Und sie gestalten ihre Gegenwarten vor dem Hintergrund der eigenen Lebenserfahrung, die alle politischen Zäsuren überwölbt oder unterläuft.

Lassen Sie uns noch einmal zurückkommen auf die durchgreifenden Veränderungen um 1979. Vielfach wird für diese Zeit vom Ende des blinden Fortschrittsglaubens gesprochen. Ist der Fortschritt, als Begriff, Vorstellung und Realität, um 1979 suspendiert worden?

Der zeitlich ältere Gebrauch des Terminus Fortschritt war an bestimmte Vorstellungen gebunden, die in irgendeiner Weise auch im sozialdemokratischen, im sozialistischen oder marxistischen Denken angelegt sind. Unter Fortschritt wurden gesellschaftliche Entwicklungen verstanden, die im Sinne einer allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen dem Menschen dienen. Das kommt aus der Tradition des klassischen Liberalismus und wurde dann durch Marx überhöht. Dieser Fortschrittsbegriff im Sinne eines gerichteten historischen Prozesses verschwindet im Verlauf der späten 1970er Jahre aus der öffentlichen Kommunikation; deswegen würde ich ihn immer in Anführungsstriche setzen. Was seither Fortschritt ohne Anführungsstriche ist, sagen wir ab den 1980er Jahren, ist eine hochgradig beschleunigte Entwicklung der technischen und ökonomischen Modernisierung, verbunden mit mehr als nur dem Gefühl einer erheblichen Zunahme des Veränderungstempos. Wenn wir den Bereich der Digitalisierung und der Computertechnologien betrachten, dann sind die 1980er Jahre das Anbahnungsjahrzehnt, bevor man in der Mitte der 1990er Jahre das *World Wide Web* bereits greifen kann. Die 1980er Jahre sind ein Jahrzehnt gewaltigen technischen und enormen wirtschaftlichen Fortschritts. Nur: Es wird nicht davon gesprochen. Der Begriff des Fortschritts ist in der öffentlichen Kommunikation so gut wie nicht mehr vorhanden.

Das ist für mich ein Symptom dafür, dass es ein bewusstseinsberührendes, politisch und ideologisch grundiertes Verständnis von Fortschritt gegeben hat, welches aber um 1979 bereits weitgehend in der Defensive war. Und dann gab es einen realen Faktor des Fortschritts, der aber nicht mehr bewusstseinsprägend wirkte im Sinne eines Fortschrittsdenkens, also dieser traditionellen Vorstellung einer linearen Höherentwicklung der Gesellschaft, sondern sich erschöpfte im faszinierten Blick auf die rasante Entwicklung der digitalen Welt auf der einen und die ebenso zügellose Entwicklung des Finanzmarktes auf der anderen Seite – beides verbunden mit einem Zuwachs an Möglichkeiten, schnell und viel Geld zu verdienen. Insofern ist der Fortschritt nicht weg. Allerdings verschwindet das Bewusstsein von Fortschritt und taucht erst in den 1990er Jahren in den Köpfen der Protagonisten und Profiteure des Finanzmarktes wieder auf.

Die Krise der Fortschrittsidee in Verbindung mit technologischen Quantensprüngen, ein Unbehagen an der Modernisierung bei extremer Beschleunigung des sozialen Wandels: Ist das eine singuläre Erscheinung am Ende der 1970er Jahre? Oder gibt es hier, wenn man das Fin de Siècle mit dem Jahrtausendwechsel vergleicht, gewisse Gemeinsamkeiten?

Mit Blick auf die Jahrhundertwenden, die um 1900 und jene um das Jahr 2000, gibt es eine starke Parallelität. In der Hochindustrialisierung, die in den 1880er Jahren beginnt, setzt eine immer weiter zunehmende Beschleunigung sozialer und kultureller Transformationen ein. Das führt dazu, dass die Mitlebenden häufig nicht mehr wissen, ob das, was gestern noch verbindlich gewesen ist – bspw. das soziale, das räumliche, das berufliche Umfeld –, morgen noch Gültigkeit besitzt oder ob das alles im Schwinden begriffen ist. Hieraus folgen Gegenreaktionen, seitens der Lebensreformbewegung und – am prominentesten – der Jugendbewegung, die versuchen, aus diesem beschleunigten Veränderungsprozess auszusteigen. Daraus entwickelt sich im kulturellen Bereich der sogenannte Antihistorismus: eine intellektuelle und ideelle Bewegung, die den liberalen Fortschrittsgedanken zugunsten eines Ausstiegs aus der Geschichte und der Fixierung auf die absolute Geltung der Gegenwart suspendiert. Dieses Denken zieht sich durch den Ersten Weltkrieg hindurch und erreicht seinen Höhepunkt in den 1920er Jahren. Auch in den späten 1990er Jahren des 20. Jahrhunderts gibt es eine solche Phase des nun *Posthistoire* genannten Glaubens an ein Ende der Geschichte, zugespitzt bei Francis Fukuyama, der den – inzwischen widerlegten – endgültigen Sieg des Westens verkündet. Die Weltgeschichte, so heißt es jetzt, hat ihr evolutionäres Ziel erreicht. Und denjenigen, die das Veränderungstempo, den Niedergang

der Traditionsindustrien, die Digitalisierung und Vermarktlichung der Lebensform verbunden mit einem starken Vorrang des individuellen Ich vor dem gemeinschaftlichen Wir in einer sozialen *Community* – denjenigen, die das alles nicht wollen und sich davon überfordert fühlen, denen bleibt ebenso wie um 1900 nur der Rückzug, der Ausstieg aus dem Mitvollzug der Beschleunigung. Auf der einen Seite also sehen wir Beschleunigung – das kann man als Fortschritt bezeichnen, wenn man dies will – und auf der anderen Seite gleichzeitig eine Reaktion darauf, den Ausstieg aus den real gegebenen Fortschrittsdynamiken der jeweiligen Zeit. Das eine, die Hochgeschwindigkeit, schließt nicht aus, dass die Leute aussteigen, vor einem Jahrhundert ebenso wenig wie heute. Sehr viel im Umfeld der Grünen und überhaupt der sozialen Bewegungen etwa basiert letztlich, in Reaktionen auf beschleunigte Veränderungen, hierauf und markiert Versuche, in irgendeiner Art und Weise sozialkulturelle Inseln des Anhaltens zu bilden.

Fortschrittskritik und Ausstieg scheinen, Sie deuten es an, ein überzeitliches Phänomen zu sein. Was die Lebensreform und die Jugendbewegung oder auch die Anthroposophie um die Jahrhundertwende waren und was sich in Impulsen zum Ausstieg aus dem Industriezeitalter im Rahmen der Ökologiebewegung in den 1970er Jahren niederschlug: Knüpfen daran modische Zeitrends wie zum Beispiel das urbane Gärtnern, letztlich das ganze Themenspektrum des Do-it-yourself, die Wiederkehr von Genossenschaften und kleinen Kombinat, die wieder anfangen, gemeinwohlorientiert und dem Allmende-Gedanken verhaftet Dinge anders zu machen – knüpfen die daran nahtlos an?

Das halte ich für sehr wichtig, und es ist meiner Ansicht nach auch unbestreitbar. Es handelt sich um Reaktionen auf die radikale Individualisierung und Subjektivierung, um die Suche nach anderen, neuen Orientierungsmustern und eine Gegenbewegung zu jener Ideologie, die aus dem Finanzmarktkapitalismus hervorgegangen ist: Jeder steht als Subjekt, als Individuum im ewigen, allumfassenden Wettbewerb. Dabei kann das Individuum ein Mensch sein, eine Firma oder ein Konzern. Dieses jeweilige Subjekt befindet sich grundsätzlich im permanenten Wettbewerb mit anderen. Wettbewerb ist etwas anderes als Konkurrenz. Im Wettbewerb kann immer nur einer gewinnen, vorne steht der Sieger – und die anderen zählen nicht. Gegenstrategien dazu werden im kirchlich-sozialen Spektrum formuliert, im anthroposophischen Milieu der Modernisierungsskeptiker, nicht zuletzt bei den Esoterikern, die eine richtige Hochkonjunktur erlebt haben, die sich erst seit Kurzem langsam wieder abschwächt. Und im Bereich der ökologischen Landwirtschaft gibt es eine nicht bloß unbewusste Rückbesinnung,

sondern eine ganz dezidierte Neuhinwendung zu Gemeinschaftsböden. Dabei sind diese neuen Gemeinschaften obendrein vollkommen modern und gerade nicht restaurativ oder gar reaktionär – was sichtbar wird etwa an der selbstverständlichen Nutzung sämtlicher Kommunikationsmöglichkeiten und Vernetzungsmöglichkeiten der digitalen Revolution. Sie versuchen nur, der radikalen Subjektivierung, der Vereinzelung des Menschen und seinem »Verschleiß« im ökonomischen Verwertungsprozess zu entrinnen. Hinzu kommen auf der persönlichen Ebene finanzielle Engpässe, die einen zusätzlichen Reiz ausüben mögen, Dinge zu tun, die nicht viel Geld kosten und jeden Menschen partizipieren lassen, wo etwas gemeinsam angebaut, organisiert, erwirtschaftet wird. Diese Art der emotionalen, sozialen und kulturellen Unterstützung hat Michael Walzer mit seinem Kommunitarismus in den 1990er Jahren populär gemacht. Hier sehen wir eine mögliche Reaktion auf die frühen Formeln des Neokonservatismus.

Sind der Neokonservatismus und ein reflexiv gewordener Liberalismus dann die zentralen Signa jener Phase nach 1979? Und wie passt der Siegeszug des Wirtschaftsliberalismus zu der Defensive, in welche der gesellschaftskulturelle Freisinn zeitgleich gerät?

Wenn man bezogen auf 1979 sagt, dass seinerzeit gesellschaftliche und kulturelle Liberalisierungen erkennbar reflexiv geworden sind oder zu werden beginnen, dann läuft dergleichen nicht automatisch und schon gar notwendig auf eine Renaissance des Konservatismus hinaus. Liberal und konservativ sind ja nicht die einzig existierenden Gegenbegriffe. Die Art der Liberalisierung in den 1960er Jahren, nach dem Motto »Es geht alles nach vorne«: Das war tatsächlich Fortschrittsdenken in Reinform. Emanzipation und Selbstverwirklichung, die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten: Das alles ist außerordentlich wichtig und wird in dieser Bedeutung auch gesellschaftlich akzeptiert, und zwar bis in die Rechtsprechung, die Umgangsformen und nicht zuletzt die Paarbeziehungen hinein. Wenn das alles 1979 reflexiv wird, dann folgt daraus nicht zwangsläufig ein konservativer Rückschwung. Es heißt nur, dass stattdessen etwas anderes entsteht. Innerhalb der neuen sozialen Bewegungen bspw. wird zwar einerseits immer noch von Emanzipation und Selbstverwirklichung gesprochen; andererseits aber tritt neben die neugewonnene Permissivität ein überkommen geglaubtes Verbotdenken. Diese oder jene Dinge, tönt es nun, dürfen nicht mehr gemacht, bestimmte Schwellen nicht überschritten werden. Die Stichworte lauten: Ökologie, Abgase, Waldsterben, Umweltverschmutzung ganz allgemein. In einem solchen Moment entsteht ein neues Modell der Restriktivität, das nicht

zwangsläufig konservativ ist, aber einem anderen Verständnis der Verbesserung der Welt anhängt, als es für die industrielle und chemisch-technische Moderne des zweiten Zeitbogens typisch ist. Das bedeutet – nochmals – keineswegs, dass eine reflexiv gewordene Liberalisierung in einen neuen Konservatismus mündet. Die Leute in den neuen sozialen Bewegungen sind nicht konservativ. Sie sind grün, sie sind stark engagiert und pflegen einen Lebensstil, der die unbekümmerte Grenzenlosigkeit infrage stellt. Insofern ist das, was dann in der Liberalisierung der 1960er/70er Jahre reflexiv wird, nicht konservativ, sondern es kann durchaus weiter in die Zukunft weisen und auf Zukunftsgestaltung abzielen. Wie man die derartigen Denkmuster und Verhaltensweisen freilich klassifizieren soll, das wiederum ist zwischen unseren Disziplinen, der Politik- und der Geschichtswissenschaft, noch keineswegs ausgemacht.

Wie verhält es sich denn aber nun mit dem Neoliberalismus?

Zunächst wird man die Tatsache zur Kenntnis nehmen müssen, dass auf der amerikanischen Seite von *Neo-Conservatism* und auf der europäischen von Neoliberalismus gesprochen wird. Das hängt realhistorisch damit zusammen, dass in den Vereinigten Staaten die Begriffe Liberalismus und Liberale als Bezeichnungen für eine politische Richtung und deren Anhänger nicht üblich sind. Die linksliberale Partei nennt sich Demokratische Partei. Deswegen wird in den USA der Wandel von der Industriegesellschaft zum Finanzmarktkapitalismus schlicht als eine neue Form von Konservatismus bezeichnet. In England existieren die Begriffe Neoliberalismus und Neokonservatismus meinem Wissen nach hingegen relativ gleichwertig nebeneinander.

Viel entscheidender aber scheint mir, dass wir bis heute nicht wirklich wissen, was mit Neoliberalismus eigentlich gemeint ist. Sollte das so sein, dann ist der Terminus Neoliberalismus nur ein Etikett, das auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Phänomene geklebt wird, ohne dass man sie erklären könnte. Und wenn dies wiederum zutreffen sollte, dann müsste man die Frage stellen, ob denn der Neoliberalismus überhaupt eine neue Form von Liberalismus in der Tradition des europäischen Liberalismus seit der Aufklärungsepoche ist. Da kann man auch skeptisch sein. Man könnte sagen, der Finanzmarktkapitalismus mit seinem Durchbruch ab 1995–2000 stellt eine Rückkehr zum Manchesterliberalismus dar. Da bin ich allerdings skeptisch. Oder man sagt, dieser Durchbruch einer neuen Form des Neoliberalismus ist etwas Neues und bedarf der begrifflichen Bestimmung. Dann wäre Neoliberalismus bis jetzt tatsächlich nur ein



Schlagwort derjenigen, die ihn kritisch verwenden – eine Art zeitgenössischer Kampfbegriff, um etwas zu adressieren, das man kritisiert. Die Frage: »Ist der Neoliberalismus eine neue Form des westlichen Liberalismus oder stellt er ein neues Phänomen dar?«, diese Frage ist meiner Ansicht nach bis heute ungelöst. Und sollte der Neoliberalismus etwas Neues sein, so wäre zu klären, ob es sich bei ihm um eine Ideologie handelt, die in die Leerstelle hineintritt, die das Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Wegfall der antithetischen Ideologien des Westens und des Ostens gerissen hat. Wenn der Neoliberalismus in diese Leerstelle des Ideologiesystems hineinstoßen sollte, würde sich des Weiteren die Frage stellen: Gibt es eine Gegenideologie? Und wo wäre sie aufzufinden, im Islamismus etwa? Ein Ethnologe würde diese These vermutlich bestreiten.

Sind diese Fragen auflösbar? Und wer könnte sie auflösen?

Bis heute sind das alles Fragen, welche die Sozialwissenschaften und die Zeitgeschichte nicht beantworten können. Die Fragen nach dem Ideologiecharakter und dem Vorhandensein einer Gegenideologie legen eine Zusammenarbeit nahe. Beide Seiten, die Sozialwissenschaften einerseits, die Zeitgeschichte andererseits, können komplementäre Beiträge leisten bei der Vermessung der Lebens- und Arbeitswelten von Arbeitnehmern in einer neuen industriellen Gesellschaft, die primär von der Finanzwelt und nicht mehr von den produzierenden Industrien geprägt wird. Da sind die Soziologen mit der Erhebung der Sozialdaten unsere Partner; allerdings können die Soziologen nicht sehr weit zurückdenken, weil ihre Sozialdaten meistens einen Zeitraum von nicht mehr als 15 Jahren umfassen. Historiker brauchen längere Zeiträume, um erklären zu können. Da wird es für uns oder zwischen der Soziologie und der Geschichtswissenschaft schwierig. Zwischen Politologen und Zeithistorikern gibt es dort Reibungspunkte, wo die Politologen vorgegebene Trends fortzuschreiben und Zukunftsprognosen abzugeben versuchen. Diese Gefahr besteht besonders dann und insofern, wenn Politologen in Forschungsprogramme gegossene Erkenntnisinteressen der Politik bedienen. Das ist für Zeithistoriker kaum einzulösen. Insofern muss man für jeden Einzelfall sehen, ob sich die Disziplinen sinnvoll ergänzen, sodass angeraten ist, gemeinsame Forschungsvorhaben anzustoßen, bei denen die Fächer zusammenkommen. Die Sozialwissenschaften ebenso wie die Zeitgeschichte sind gehalten, im Rahmen ihrer jeweiligen Methodik, Wege und Möglichkeiten zu finden, um die Abkehr von der keynesianischen Wirtschafts- und Sozialkultur des sogenannten sozialen Konsenses und ihre Ablösung durch einen radikalen Subjektivismus und eine entfesselte Wettbewerbslogik in

der Zeit von 1974 bis 1978 erstens zu beschreiben und zweitens anhand der fachspezifischen Quellen zu analysieren. Soziologen haben, plakativ gesprochen, Zahlenreihen; Politologen bedienen sich der Meinungsforschung; und die Historiker setzen sich auseinander mit dem, was zeitgenössisch zu fassen ist: mit Presseartikeln, Interviews und anderen Quellen. Die verschiedenen Zugänge müsste man, wiederum im Einzelfall, deklinieren und voneinander abgrenzen.

Können die Fächer voneinander auch etwas lernen?

Ich zumindest empfinde den Umgang zwischen Politologie und Geschichtswissenschaft als reizvoll. Die Politologie hat die Stärke und oftmals auch die Aufgabe, tatsächlich erkennbare Trends in die Zukunft weiterzudenken. Und dazu hat sie auch gewisse Methodiken entwickelt. Die haben wir nicht; unser Wissen endet mit der klaren Aussage, dass das, was heute ist, aus dem oder jenem Grund entstanden ist. Das können wir erklären. Aber wie es weitergeht, können wir nicht sagen – oder sollten zumindest die Finger davon lassen.

Welche offenen Fragen lassen sich, als Essenz dieses Gesprächs, über 1979 hinaus noch stellen?

Worüber wir noch gar nicht gesprochen haben, das ist, wie sich eigentlich der Prozess der radikalen Subjektivierung und Individualisierung auf die Demokratie, die real existierende parlamentarische Demokratie, auswirkt. Das ist ein höchst wichtiges Thema. Die amerikanische Politologin Wendy Brown behauptet, der Neoliberalismus zerstöre die Demokratie. Bei Colin Crouch liest sich das ähnlich. Welche Folgen hat das veränderte Sozialverhalten, das sich vor allem bei den Jüngeren in einer Entbindung von den Parteien und einem Rückgang kontinuierlicher politischer Partizipationsbereitschaft niederschlägt? Das ist ja auch kein konservativer Effekt, sondern etwas völlig Neues. Wir wissen aber noch gar nicht, wie wir das Neue benennen sollen. Das ist intellektuell sehr reizvoll; mit Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben empfinde ich zugleich ein gewisses Unbehagen.

Wenn Sie in Ihren Arbeiten von dem liberalen Ordnungsmodell als dem in den Großkonflikten der letzten hundert Jahre im globalen Maßstab jeweils siegreichen sprechen, das sich in jedem der drei Zeitbögen gegenüber wechselnden Gegenmodellen durchgesetzt habe, dem monarchischen im Ersten Weltkrieg, dem faschistischen im Zweiten Weltkrieg, dem sowjetkommunistischen im Kalten Krieg, ...
... zumindest vorherrschend, nicht unbedingt siegreich ...

... und das sich auszeichnet vor allem durch die Marktwirtschaft und die Demokratie; wenn außerdem demokratische Ordnungen bisher stets in Verbindung mit dem Herrschaftsgefüge des Nationalstaats gedacht worden sind: Folgt daraus dann, dass wir vor dem Hintergrund der auch von Ihnen konstatierten Erosion nationalstaatlicher Autonomie und Regelungsmacht aktuell an einem Punkt stehen, an dem das liberale Ordnungsmodell nach seinem vermeintlich endgültigen Triumph über sämtliche seiner Gegner vor seinem eigenen Ende steht?

Das können wir noch nicht wissen. Auszuschließen ist es nicht. Im Moment spricht ja wieder vieles dafür, dass wir in eine ziemlich nationalistische Phase eintreten. Das ist auch keine konservative, sondern das wäre wiederum eine neue Phase einer nationalistisch unterfütterten Intoleranz oder Veränderung des Toleranzpotenzials in der Gesellschaft. Ob die Prinzipien der Liberalität, wie wir sie kennen, aufrechterhalten werden können, das ist offen. Und zwar ist diese Form des Liberalismus, der Liberalität, gebunden an die unangetastete Existenz von Rechtsstaatlichkeit, an die Existenz des staatlichen Rahmens, der für die Gesellschaft den Ordnungsrahmen darstellt. Und innerhalb dieses Rahmens gilt die Verbindlichkeit nicht nur von Recht und Gesetz, sondern einer funktionsfähigen Ordnung, in der sich die Leute nach ihrer Selbstbestimmung zurechtfinden und entfalten, sich emanzipieren können. Ob das so erhalten bleibt, können wir derzeit nicht absehen. Der staatliche Rahmen erscheint auch deshalb fluktuierend, weil wir nicht wissen, welcher der dominierende ist: der nationalstaatliche oder der europarechtliche oder der europapolitische. Darüber kann man meiner Ansicht nach noch nicht viel sagen. Aber die Veränderungen in der parlamentarischen Demokratie durch den Rückgang der Unterstützung für die Parteien oder der Parteimitgliedschaften – konkret: wenn eine Partei wie die SPD bei derzeit knapp über zwanzig Prozent pendelt –: Was eigentlich heißt das alles?

Das Interview führten Michael Lühmann und Matthias Micus.



Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel, geb. 1949, ist Professor für Neuere Geschichte und Direktor des Seminars für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (1991 bis 2016). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, des transatlantischen Ideentransfers und der zeithistorischen Analyse der Vorgeschichte der Gegenwart.

VON DER GLEICHZEITIGKEIT DES UNGLEICHZEITIGEN

DAS JANUSKÖPFIGE JAHR 1979

≡ Franz Walter

Nein, auch das Jahr 1969, als Willy Brandt Kanzler wurde, war nicht einfach für sämtliche Bürger der Bundesrepublik Deutschland ein Jahr des Aufbruchs, der lang ersehnten Gesellschaftsreformen und Demokratisierungsschübe. Schließlich waren die Parteien der neuen sozialliberalen Koalition gerade auf 48,5 Prozent der Wähler gekommen. Auf die Parteien rechts davon waren hingegen rund zwei Prozent mehr Stimmen entfallen. Aber als kulturell allmählich dominierender Trend in den stimmungsprägenden Schichten des Landes waren der Gestaltungs- und Veränderungsoptimismus, die Demokratisierungsverve und der Drang nach neuen, entspannten Beziehungen auch zu den Ländern des Ostens doch unschwer zu identifizieren. Zwanzig Jahre später, am Ende des Jahres 1989, wurde der pralle Optimismus noch deutlicher zur Schau gestellt. Immerhin hatte man im Herbst den Fall der Mauer, die friedlichen und erfolgreichen Emeuten in Osteuropa gegen die in jeder Beziehung erstarrte Nomenklatura des Staatskommunismus erlebt. Zum Interpretieren dieses Moments wurde der amerikanische Politologe Francis Fukuyama, der die Ergebnisse des Jahres gewissermaßen hegelianisch zur gelungenen Bilanz der Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts ontologisierte: als finalen Sieg des Liberalismus, des Parlamentarismus, der Freiheit, auch des sozialstaatlichen Ausgleichs, des Westens schlechthin, während dessen Gegner – Faschisten, Kommunisten, neuerdings auch islamische Fundamentalisten – eine unumkehrbare Niederlage hatten hinnehmen müssen.¹

Und 1979, der Jahrzehntabschluss, der zwischen 1969 und 1989 lag? Wie präsentierte sich das geistige Klima in diesem Jahr in der Bundesrepublik? Anders als zehn Jahre zuvor und auch anders als eine Dekade später sehr viel weniger kess zuversichtlich, viel durchwachsender, erheblich unsicherer, was

¹ Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History?*, *The National Interest*, Summer 1989, URL: <http://www.wesjones.com/eoh.htm> [eingesehen am 21.01.2016]; Ders., *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

Dasein und Zukunft anging. Die Gradlinigkeit eines rundum segensreichen und die Individuen beglückenden Fortschrittsprozesses war den Bundesbürgern in diesem Jahr besonders zweifelhaft geworden. Doch war 1979 deshalb nicht ein exponiertes Jahr rückwärtsgewandter Sentimentalitäten oder entschlossen agierender gesellschaftlicher Reaktionäre. Dergleichen gab es zwar, aber sie standen nicht im Zentrum der wirksamen Kräfte. 1979 begann viel Neues. Von diesem Jahr gingen Strömungen aus, welche die großen Themen der Republik hernach determinierten, bis heute, bis hinein ins Jahr 2016.

ASYLBEWERBER, GRIECHENLAND, PARTEIENSPLITTERUNG

1979 sprachen die Sozialdemokratin Anke Fuchs, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, und ihr Bundeskanzler Helmut Schmidt erstmals dezidiert davon, dass es falsch wäre, weiter anzunehmen, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland.² Ende 1979 lag die Zahl noch unbearbeiteter Asylanträge bei rund 50.000. Daneben ging man von rund 250.000 bis 350.000 illegalen Armutsmigranten aus. Seinerzeit artikulierten Gewerkschafter ihre Sorge, dass die »Hodschas und Mullahs« gewissermaßen die Horsts und Wolfgangs bald zahlenmäßig übertreffen würden, dass ein »islamischer Staat im Staate« zu entstehen drohe.³ Die politische Linke zeigte sich insbesondere gegenüber den Flüchtlingen und Vertriebenen aus Vietnam, den sogenannten *Boatpeople*, kaltherzig. Schließlich war man zehn Jahre vorher noch mit dem Ruf »Ho-Ho-Ho-Chi-Minh« durch die Straßen gerannt und hatte Unterstützungsgelder für den Vietcong gesammelt – vor dem die *Boatpeople* nun flohen, was sie für linke Gruppen anrühlich, zumindest nicht zum Adressaten einer freundlichen Willkommenskultur machte.⁴

1979 war ebenfalls das Jahr, in dem der Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft beschlossen und ratifiziert wurde. Es fehlte nicht an Kritikern dieser Entscheidung, die auf die technologischen Defizite, die höchst bescheidene Produktionsrate und das im Gegenzug üppige Inflationsniveau hinwiesen. Die Europäische Gemeinschaft, so orakelten bereits seinerzeit die Skeptiker, könnte mit der Integration Richtung Hellas über kurz oder lang die eigene Existenz riskieren.⁵

Ende 1979 einigten sich die NATO-Staaten offiziell auf den Doppelabschluss zur Verhandlung bzw. Stationierung von Mittelstreckenraketen. Bekanntlich gilt die spätere Stationierung von *Pershings* und Marschflugzeugen seit 1989/90 als entscheidende Ursache für den Kollaps der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Pakts; wemgleich Ende der 1970er Jahre die Urheber des NATO-Beschlusses eine solche Zielsetzung empört und subjektiv vermutlich aufrichtig scharf zurückgewiesen hätten.

² Vgl. o. V., Kardinal Ratzinger fragen, in: *Der Spiegel*, 27.08.1979.

³ Zit. nach o. V., Wahre Quellen, in: *Der Spiegel*, 31.12.1979.

⁴ Vgl. Marion Gräfin Dönhoff, Völkerwanderung des zwanzigsten Jahrhunderts, in: *Die Zeit*, 27.07.1979.

⁵ Vgl. Marin Paschke u. Petra Ebel-Skvarilova, Die Erweiterung der Europäischen Union bis zur sogenannten Osterweiterung, in: Marian Paschke u. Constantin Iliopolus (Hg.), *Die Osterweiterung der Europäischen Union. Zur Anpassung des Zivil- und Wirtschaftsrechts in ausgewählten MOE-Staaten an das Recht der EU*, Hamburg 2006, S. 11–70, hier S. 30f.

Innenpolitisch markiert 1979 den Beginn des Endes der Konzentration des Parteienwesens, vor allem auf die beiden großen Volksparteien, die bei den Bundestagswahlen 1976 ihren Zenit mit einem Stimmenanteil von 91,2 Prozent der Wähler, den Union und SPD auf sich vereinen konnten, erlebt hatten. Nun aber tauchte mit den Grünen ein neuer Wettbewerber auf dem Parteienmarkt auf, dem 1979 zum ersten Mal der Einzug in ein Länderparlament, in die Bremer Bürgerschaft, gelang.⁶ Der Erfolg der Grünen indizierte, dass eine neue Problemlage von den alten Parteien nicht rechtzeitig entdeckt und politisch angemessen verarbeitet worden war.⁷ Und auch in den sozialen Bezirken insbesondere urbaner Quartiere hatte sich etwas verändert, was die neue Partei begünstigte, die klassischen Formationen indes in der folgenreichen Dimension der Mehrheits- und Koalitionsbildung ignorierten.

Die neuen Phänomene wurden 1979 noch gerne mit Parolen aus den traditionellen Schlachtordnungen zu bändigen versucht. »Freiheit versus Kollektivität« tönte es aus der Union gegen die Konkurrenten von links; »Wohlstand statt Ausstieg aus der Industriegesellschaft« lautete das sozialdemokratische Motto, wenn die neu aufkommenden Grünen delegitimiert werden sollten. All das waren in erster Linie rhetorische Figuren der Unsicherheit und Verlegenheit. Ungewissheit und Unübersichtlichkeit wurden so zu Chiffren der eher diffusen Bewusstseinslage von 1979 ff. Theo Sommer beklagte in der *Zeit* den Souveränitätsverlust der bürgerlichen Gesellschaft, die aus Angst die »Freiheit zu Tode schützen« wolle. Argumente für diese Wahrnehmung konnte er einige liefern.⁸

Auf der anderen Seite nahm der selbstbewusste Gebrauch von Freiheitsrechten jenseits von punktueller Delegation und Elektion 1979 wieder kräftig zu. Die Mitwirkung an Demonstrationen und in Selbstinitiativen stieg (auch in den nächsten Jahren) nach einer Zeit der Depression und Zurückhaltung erneut an. Die Tendenzen der Zeit also waren nicht so eindeutig. Sie überlappen sich, widersprachen sich, verliefen quer zueinander. Man mag 1979 als ein janusköpfiges Jahr ansehen, in dem eine verwirrende Gegenläufigkeit die leicht erkennbare Vernunft oder Rason eines einförmigen Zeitgeistes überwog.

GLEICHZEITIGKEIT DES UNGLEICHZEITIGEN

Ein Jahr also der besonders ausgeprägten »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen«.⁹ Vor vier Jahrzehnten hatte dieser Begriff in intellektuellen bundesdeutschen Diskussionen noch Konjunktur. Aber er blieb doch nur Metapher und Aperçu, war Schlagwort und kein theoretisches Paradigma. Die damals an der Universität hegemonial gewordenen Sozialhistoriker der Bielefelder Schule bezogen die Formel von der »Gleichzeitigkeit des

6 Vgl. Rolf Zundel, Signal für Bonn? Bremens Grüne und die Bundesrepublik, in: *Die Zeit*, 12.10.1979.

7 Früh schon scharf definiert von Claus Offe, Zwischen Bewegung und Partei, in: Otto Kallscheuer (Hg.), *Die Grünen – letzte Wahl*, Berlin 1986, S. 44.

8 Theo Sommer, Bewahren, um erneuern zu können, in: *Die Zeit*, 25.05.1979; für die Gegenwart argumentiert ähnlich Claus Leggewie, Der Weg in den Angststaat, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.01.2016.

9 So zur »geistigen Situation«, wenn auch nur en passant, schon Jürgen Habermas, Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹*, 1. Band: Nation und Republik, Frankfurt a. M. 1979, S. 7–35, hier S. 35.

Ungleichzeitigen« zwar zuweilen auch in Essays oder Akademieansprachen ein; doch als anspruchsvolles und taugliches Analysekonzept erkannten die meisten es nicht an.¹⁰ Zu kryptisch, zu unscharf, lautete das Monitum. Im Übrigen dürfte ihnen, die ganz überwiegend Prediger der Modernitäts- und Fortschrittsdoktrinen waren¹¹, in der Philosophie der Ungleichzeitigkeit einfach zu viel Rückwärtsgewandtheit und Vergangenheitsverständnis mitgeschwungen haben.

Der Philosoph der »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« war natürlich Ernst Bloch, der die Formel in seinem 1935 in der Emigration erschienenen Werk »Erbschaft dieser Zeit« bekannt zu machen versucht hatte. Zu dieser erhofften Publizität kam es indes erst, als Bloch 1961 aus Leipzig floh, in Tübingen eine Gastprofessur erhielt und sein Buch im Frankfurter Suhrkamp Verlag neu veröffentlichen konnte.¹² In den 1920er Jahren, als einige Aufsätze aus der späteren »Erbschaft dieser Zeit« bereits veröffentlicht worden waren, hatten ebenso der Kunsthistoriker Wilhelm Pinder und der Soziologe Karl Mannheim am Beispiel der unterschiedlichen Generationserfahrungen, die in einer formal gleichen Zeit zur Koexistenz heterogener, ja disparater Bewusstseinslagen, Identitäten und Rationalitätsvorstellungen führten, mit Überlegungen zur Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen auf das Problem aufmerksam gemacht.¹³ Ungleichzeitigkeiten waren in der Weltgeschichte nichts Neues; aber über lange Zeit bestanden singulare und abweichende Kulturen, Religionen, Erfahrungen überwiegend regional getrennt voneinander, begegneten sich nicht im gleichen Raum, lebten nicht im unmittelbaren Nebeneinander. Das änderte sich fulminant erst durch demografische Mobilitäten, Migrationsschübe, Flüchtlingswellen.

Jugend als Träger von Ungleichzeitigkeitsdeutungen aufgrund neuer Erfahrungen spielte ebenso bei Bloch eine wesentliche Rolle, neben den Bauern und dem alten Mittelstand, auf welche er als Zeitgenosse der großen Demokratiekrise in den 1920er/30er Jahren besonders achtete, um die Affinität dieser Schichten zu Bewegungen erklären zu können, die ihre Anhängerschaften mit Vergangenheitsversprechen elektoral dynamisch erweiterten. Dass vier Jahrzehnte später, in den 1960er/70er Jahren, die tiefe Differenz in den Generationserfahrungen abermals eine schwer zu leugnende Ursache für die extreme gesellschaftliche Unruhe und Polarisierung gewesen ist, lässt sich sicher mit dem Hinweis illustrieren, dass in diesem Jahrzehnt die ökonomisch, politisch, auch kulturell nach wie vor stark dominierende Kriegsgeneration (oder, allerdings sehr viel weniger, die der Emigration) herrschte, nun aber in voller Wucht ein geburtenstarker Jahrgang mit Nachkriegssozialisation und gänzlich verändertem Wertehimmel nach vorne drängte.¹⁴

10 Eine Ausnahme etwa Wolfgang Hardtwig, Deutschlands Weg in die Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur im 19. Jahrhundert, München 1993, S. 10 ff.

11 Vgl. etwa Paul Nolte, Hans-Ulrich Wehler. Historiker und Zeitgenosse, München 2015, S. 50 f.

12 Vgl. Ernst Bloch, Gesamtausgabe in sechzehn Bänden, 4. Band: Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt a.M. 1962.

13 Vgl. Wilhelm Pinder, Das Problem der Generation in der Kunstgeschichte Europas, München 1961, S. 41; Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, Jg. 7 (1928), H. 2, S. 163 f.

14 Sehr scharfsinnig herausgearbeitet hat das Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 328 ff.